

# **Die Republik Mazedonien und ihre europäische Perspektive**

## **1. Einleitung**

Mazedonien erlangte seine Unabhängigkeit 1991 nach dem Zerfall von Jugoslawien, der durch militärische Auseinandersetzungen und ethnische Wanderungen geprägt wurde. Nur Mazedonien, im Gegensatz zu den anderen Teilrepubliken, konnte seine Unabhängigkeit erklären, ohne dass es vorerst nicht zu einem militärischen Konflikt gekommen ist. „Dennoch zeigte sich 2001, knapp zehn Jahre nach der Unabhängigkeit Makedoniens, dass gerade die „ethnische Frage“ eine enorme Belastung sowohl für den Frieden und die territoriale Integrität des Landes als auch für den Demokratisierungs- und Konsolidierungsprozess bedeutet.“<sup>1</sup> Die interne zwischenethnische Auseinandersetzung führte im selben Jahr zur Unterzeichnung des Ohrider Rahmenabkommens.

Diese Anfälligkeit für Konflikte auf dem Balkan in den letzten Jahren, aber auch in der früheren Geschichte, bestätigt den weit verbreiteten Begriff für den Balkan als „das Pulverfass Europas“. Dieses häufige Vorkommen von kleineren, aber auch von ernsteren bewaffneten Konflikten zeigt, dass dieser Region besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden muss. Deswegen würde die Erweiterung der EU mit diesen Balkanstaaten die interstaatlichen Grenzen als Generator von Konflikten beseitigen.

## **2. Kurzinformationen über Mazedonien**

Die hier präsentierten Informationen sollen einen allgemeinen Überblick über die Republik Mazedonien vermitteln, und dienen zu einem besseren Verständnis der durchgeführten Analyse.

---

<sup>1</sup> Helmerich 2008, S. 362 (E-Book)

Landesfläche: 25,713 qkm

Bevölkerung: 2,091,719 (Juli 2014 gesch.)

Ethnische Gruppen: Mazedonier 64.2%, Albaner 25.2%, Türken 3.9%, Roma 2.7%, Serben 1.8%, andere 2.2% (2002 Volkszählung)

Religionen: Mazedonisch-Orthodoxe Christen 64.7%, Muslime 33.3%, andere Christen 0.37%, andere und nicht angegebene 1.63% (2002 Volkszählung)

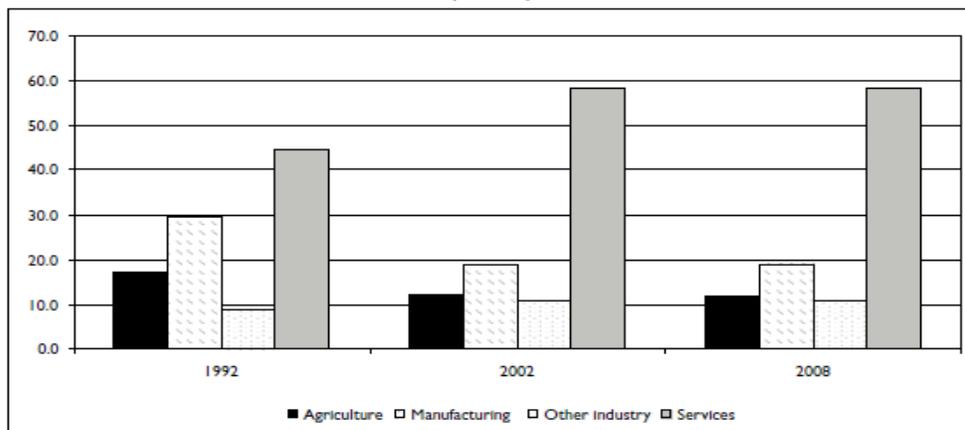
Arbeitslosigkeit: 28.6% (2013 gesch.)

BIP (KKP Kaufkraft Parität): \$22.57 Milliarden (2013 gesch.)

BIP pro Kopf: \$10,8000 (2013 gesch.)<sup>2</sup>

Den oben genannten Angaben ist zu entnehmen, dass Mazedonien ein kleines Land ist, das multiethnisch und multireligiös geprägt ist. Bezüglich der Arbeitslosigkeit sind die offiziellen Daten nicht verlässlich, da sie die Aktivitäten in der informellen Wirtschaft nicht einbeziehen. Außerdem ist ein im Jahre 2011 durchgeführter Zensus aus technischen und politischen Gründen ohne Erfolg geblieben.

Grafik 1 Struktur der mazedonischen Wirtschaft



Source: United Nations Globstat.

3

<sup>2</sup> Quelle: CIA World Factbook Letzte Aktualisierung 24.07.2014

<https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/mk.html>

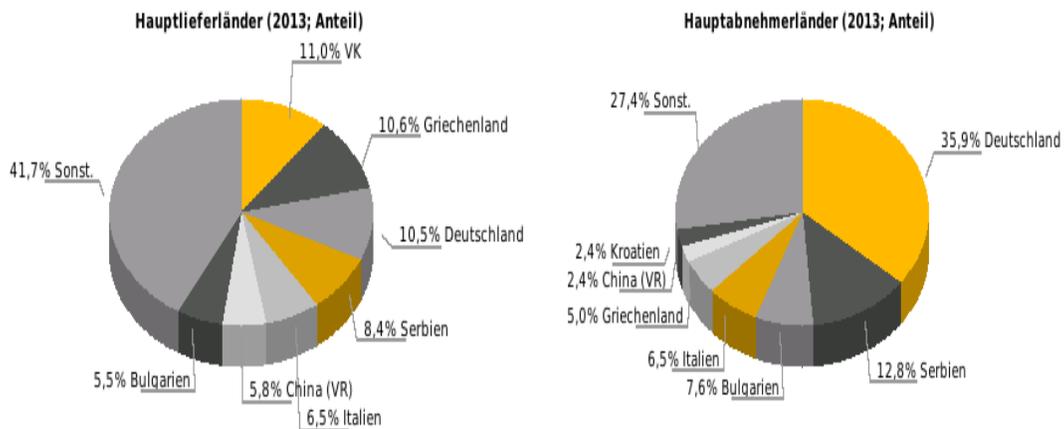
<sup>3</sup> Siehe United Nations Conference on Trade and Development UNCTAD: Investment Policy Review: The Former Yugoslav Republic of Macedonia auf

<http://unctad.org/en/pages/PublicationWebflyer.aspx?publicationid=85>

Grafik 1 zeigt, dass die Dienstleistungen den größten Teil des Bruttoinlandproduktes ausmachen. Nichtsdestotrotz spielt die Landwirtschaft nach wie vor eine sehr wichtige Rolle. Rund 40 Prozent der Landesfläche wird als Weide oder Ackerland genutzt. In den fruchtbaren Beckenlandschaften (besonders in Pelagonien) und Flussniederungen werden Weizen, Mais, Tabak, Reis, Kartoffeln, Zuckerrüben, Baumwolle sowie Gemüse angebaut. Von großer Bedeutung sind auch der Obst- und Weinbau.

Das verarbeitende Gewerbe erwirtschaftet (2010) 14,1 Prozent des BIPs. Wichtige Industriebereiche sind die Textilindustrie, die Nahrungs- und Genussmittelindustrie (Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte), die Metallurgie (Erzaufbereitung) und metallverarbeitende Industrie.

Grafik 2

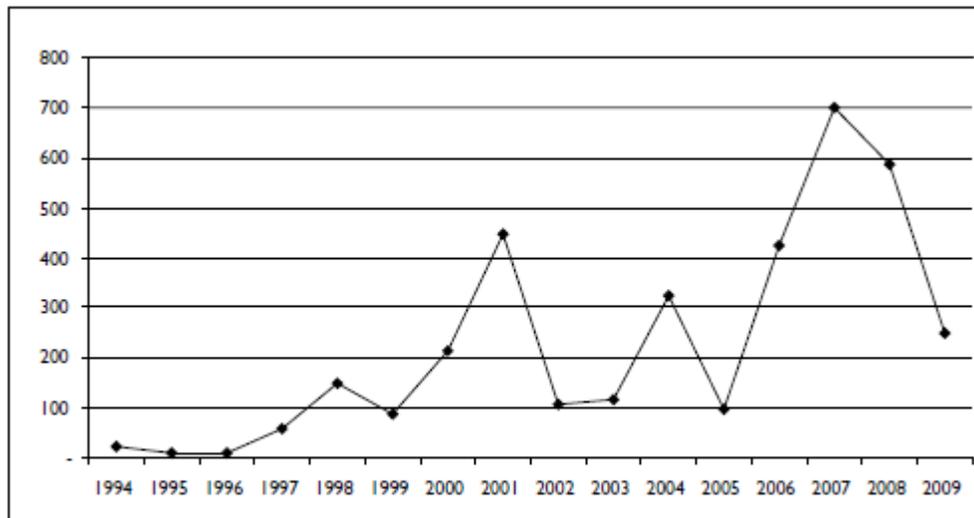


4

Grafik 2 zeigt die Länder, mit denen Mazedonien am meisten handelt. Daraus ist zu entnehmen, dass die EU-Länder die wichtigsten Handelspartner Mazedoniens sind, obwohl Mazedonien kein Mitgliedstaat der Europäischen Union ist.

<sup>4</sup> Siehe Germany Trade & Invest. Wirtschaftsdaten kompakt: Mazedonien auf: [http://www.google.de/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=2&ved=0CDAQFjAB&url=http%3A%2F%2Fahk.de%2Ffileadmin%2Fahk\\_ahk%2FGT%2Fmazedonien.pdf&ei=TyvOU9BwqtjhBIuvGMAF&usg=AFOjCNFFwua70VIUQswU7NEwhwdPuQv\\_Qw&bvm=bv.71198958.d.bGE](http://www.google.de/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=2&ved=0CDAQFjAB&url=http%3A%2F%2Fahk.de%2Ffileadmin%2Fahk_ahk%2FGT%2Fmazedonien.pdf&ei=TyvOU9BwqtjhBIuvGMAF&usg=AFOjCNFFwua70VIUQswU7NEwhwdPuQv_Qw&bvm=bv.71198958.d.bGE)

Tabelle 2

**Ausländische Direktinvestitionen in Mio. Euro**

Source: UNCTAD, FDI/TNC database.

5

Tabelle 2 stellt das Niveau der ausländischen Direktinvestitionen dar. Es ist zu entnehmen, dass das Niveau generell niedrig ist. Die ausländischen Investitionen sind vor allem in Form von Übernahmen profitabler Unternehmen (wie Telekom oder Banken) und weniger in Form von „greenfield“ Investitionen, die wichtiger für die Entwicklung des Landes sind. Aufgrund der bisherigen Erweiterungserfahrungen kann man davon ausgehen, dass die mit der EU- und Nato-Mitgliedschaft verbundene höhere Sicherheit zu mehr ausländischen Direktinvestitionen in Mazedonien führen kann.<sup>6</sup>

**3. EU-Beitrittsstatus und der Namensstreit mit Griechenland**

Mazedonien wurde mit Beschluss des Europäischen Rates vom 16. Dezember 2005 den Status eines Beitrittskandidaten verliehen.<sup>7</sup> Obgleich die Europäische Kommission die vorgegebenen Benchmarks als erfüllt bezeichnet und jahrelang positive Empfehlungen

<sup>5</sup> Siehe United Nations Conference on Trade and Development UNCTAD: Investment Policy Review The Former Yugoslav Republic of Macedonia auf <http://unctad.org/en/pages/PublicationWebflyer.aspx?publicationid=85>

<sup>6</sup> Vgl. Breuss 2004, S. 197

<sup>7</sup> Europäischer Rat vom 15/16 Dezember 2005, Entscheidungen der Präsidentschaft [http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms\\_Data/docs/pressData/en/ec/87642.pdf](http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/ec/87642.pdf)

für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Mazedonien ausgesprochen hat, wurde aufgrund eines Vetos der Republik Griechenland im Ministerrat keinen Konsens erreicht. Außerdem scheiterte im April 2008 ein NATO-Beschluss zur Aufnahme Mazedoniens als künftiges Mitglied wiederum wegen des Namensstreites mit Griechenland. Wegen der Blockadepolitik Griechenlands reichte die mazedonische Regierung am 17. 11. 2008 Klage vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) gegen den Nachbarn ein. Das Gericht entschied am 5. 12. 2011, dass Griechenlands Veto gegen die NATO-Aufnahme Mazedoniens unzulässig gewesen sei.

Ungeachtet dessen, wie absurd der Namensstreit mit Griechenland auf dem ersten Blick scheinen mag, ist er in der Tat von essenzieller Bedeutung für die Mitgliedschaft Mazedoniens in der EU und NATO. Mittlerweile haben 126 Staaten Mazedonien unter seinem Verfassungsnamen anerkannt.<sup>8</sup> Dennoch werden hinter verschlossenen Türen Verhandlungen über einen Kompromiss zwischen den beiden Ländern unter der Schirmherrschaft des UN-Vermittlers Matthew Nimetz geführt.<sup>9</sup> Obwohl eine Lösung des Streites mehrmals in Aussicht gestellt wurde, haben sich die Differenzen zwischen den beiden Parteien als unüberbrückbar erwiesen. Trotz der öffentlichen Unterstützung für die Beitrittsbemühungen von verschiedenen Politikern aus EU-Mitgliedstaaten, wird jedoch betont, dass eine Lösung des Namensstreites unerlässlich für die EU- und Nato-Integration des Landes ist.

In der mazedonischen Öffentlichkeit wird jedoch befürchtet, dass Griechenland nicht nur eine Namensänderung, sondern auch eine Änderung der Identität und der Bezeichnung der mazedonischen Sprache anstrebt.<sup>10</sup> Falls als Voraussetzung für einen Beitritt in die EU die Änderung der mazedonischen Identität und nicht nur Änderung der

---

<sup>8</sup> Spangenberg, André: *Eine Frage der Ehre - Mazedonien bleibt im Namensstreit mit Griechenland hart - Dauerzwist überschattet EU- und NATO-Beitritt*, ddp/spa/stu 7.09.2009

<sup>9</sup> Vgl. UN Press Release SG/A/717 Secretary-General appoints new personal envoy for talks between Greece, Former Yugoslav Republic of Macedonia, <http://www.un.org/News/Press/docs/1999/19991223.sga717.doc.html>

<sup>10</sup> Vgl. *Stuck on the EU's doorstep*, Business Eastern Europe, 12.7.2009, Vol. 38 Issue 46, S. 7 <http://search.ebscohost.com/login.aspx?direct=true&db=buh&AN=47114458&site=ehost-live>

Bezeichnung FYROM (Former Yugoslav Republic of Macedonia) durch einen anderen Kompromisnamen gestellt wird, ist es davon auszugehen, dass es zu keiner Lösung des Streites kommen wird. In Bezug auf dieses langfristige Problem kann man nur abwarten und betrachten, wie sich die Situation und die Positionen der beiden Länder entwickeln werden.

## **5. Fazit**

Die Mitgliedschaft in der EU ist für Mazedonien eine Art Panazee. Sie wird zu einem stärkeren Wirtschaftswachstum beitragen, aber auch zur Senkung der hohen Arbeitslosigkeit. Diese beiden Kategorien sollen noch auf dem Weg in die EU Reformen unterzogen werden. Ihre Lösung kann vor allem durch den Zugang zum europäischen Markt und durch die Anlage von ausländischem Kapital, insbesondere durch die so genannten „greenfield“ Investitionen, erfolgen. Nämlich, das Kapital braucht Sicherheit, die nur durch die Mitgliedschaft in der EU und Nato gewährleistet werden kann. Außerdem hat die wirtschaftliche Entwicklung einen so genannten *spill-over* Effekt, beziehungsweise, sie kann sich auch positiv auf die interethnischen Beziehungen und die innenpolitische Stabilität des Landes auswirken. Durch weitere Beitritte der Länder der Region und den Wegfall der Grenzen würde dieses regionale Problem an den Wurzeln gepackt.

Aus diesen Gründen ist aus mazedonischer Sicht die Mitgliedschaft in der EU die beste und günstigste Lösung für die aktuellen Herausforderungen. Alle anderen möglichen Modelle für künftige Entwicklung Mazedoniens außerhalb der EU können als suboptimale Ansätze betrachtet werden, die nicht auf einer soliden Grundlage basieren und keine langfristige Perspektive bieten, da Mazedonien sich auf seine unmittelbare Umgebung orientieren muss, mit der es die meisten politischen und wirtschaftlichen Beziehungen pflegt.